

<b>„Satzung über den Besuch von Kindertageseinrichtungen in der Stadt Halle (Saale)“ in der Fassung vom 01. August 2019</b>	<b>Änderungen:</b>	<b>Begründung:</b>
<p><b>Präambel:</b>                      Auf der Grundlage der §§ 8 Abs. 1, 45 Abs. 2 Nr. 1 Kommunalverfassungsgesetz des Landes Sachsen-Anhalt (KVG LSA) vom 17. Juni 2014 (GVBl. LSA, S. 288), zuletzt geändert durch das Gesetz zur Änderung des Kommunalverfassungsgesetzes vom 05. April 2019 (GVBl. LSA, S. 66) i. V. m. § 3 Abs. 5 des Gesetzes zur Förderung und Betreuung von Kindern in Tageseinrichtungen und in Tagespflege des Landes Sachsen-Anhalt (Kinderförderungsgesetz – KiFöG LSA) vom 5. März 2003 (GVBl. LSA S. 48), zuletzt geändert durch Gesetz vom 13. Dezember 2018 (GVBl. LSA S. 420) – hat der Stadtrat der Stadt Halle (Saale) in seiner Sitzung am 26. Juni 2019 die nachfolgende Satzung beschlossen</p>	<p><b>Präambel:</b>                      Auf der Grundlage der §§ 8 <del>Abs. 1</del>, 45 Abs. 2 Nr. 1 Kommunalverfassungsgesetz des Landes Sachsen-Anhalt (KVG LSA) vom 17. Juni 2014 (GVBl. LSA, S. 288), zuletzt geändert durch <del>das Gesetz zur Änderung des Kommunalverfassungsgesetzes vom 05. April 2019 (GVBl. LSA, S. 66)</del> Artikel 2 des Gesetzes vom 21. April 2023 (GVBl. LSA S. 209) i. V. m. § 3 Abs. 5 des Gesetzes zur Förderung und Betreuung von Kindern in Tageseinrichtungen und in Tagespflege des Landes Sachsen-Anhalt (Kinderförderungsgesetz – KiFöG LSA) vom 5. März 2003 (GVBl. LSA S. 48), zuletzt geändert durch <del>Gesetz vom 13. Dezember 2018 (GVBl. LSA S. 420)</del> Artikel 1 des Gesetzes vom 14. Dezember 2023 (GVBl. LSA S. 680) hat der Stadtrat der Stadt Halle (Saale) in seiner Sitzung am <del>XX.XX.2024</del> die <del>nachfolgende</del> Satzung über den Besuch von Kindertageseinrichtungen der Stadt Halle (Saale) beschlossen.</p>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Anpassung an aktuelle Rechtsvorschriften und einheitliche Darstellung</li> <li>- Änderung der Rechtsverweise auf jeweils aktuell gültige Fassung, um Änderungsbedarfe der Satzungen zu minimieren</li> </ul>
<p><b>§ 2 Gastkinder</b></p> <p>1) Im Rahmen verfügbarer Kapazitäten ist die unbefristete Aufnahme von Kindern auch außerhalb des Zuständigkeitsbereiches der Stadt Halle (Saale) (unbefristete Gastkinder) grundsätzlich möglich. Der Anspruch auf einen Betreuungsplatz gegen die zuständige Gemeinde im Sinne § 3 KiFöG LSA bleibt</p>	<p><b>§ 7 Gastkinder</b></p> <p>(1) Im Rahmen verfügbarer Kapazitäten ist die unbefristete Aufnahme von Kindern auch außerhalb des Zuständigkeitsbereiches der Stadt Halle (Saale) (unbefristete Gastkinder) grundsätzlich möglich. Der Anspruch auf einen Betreuungsplatz gegen die zuständige Gemeinde im Sinne § 3 KiFöG LSA bleibt</p>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Neufassung unter § 7 für bessere Zuordnung nach Themengebieten</li> <li>- Einheitliche Darstellung der Rechtsvorschriften</li> <li>- § 7 Abs. 1 Präzisierung der Möglichkeit zur Aufnahme von unbefristeten Gastkindern und der damit verbundenen Erfordernisse</li> </ul>

<p>davon unberührt. Die Entscheidung über die Aufnahme und die Betreuung erfolgt nur nach Zustimmung und bei nachgewiesener Bestätigung der Kostenerstattung durch das örtlich zuständige Jugendamt.</p> <p>(2) Das Betreuungsverhältnis kann unter Einhaltung einer angemessenen Frist durch den Eigenbetrieb Kindertagesstätten gekündigt werden, wenn der Platz zur Erfüllung eines Rechtsanspruches für hallesche Kinder benötigt wird. Eine Kündigung kann ebenfalls erfolgen, wenn die Finanzierung nicht oder nicht mehr gesichert ist.</p> <p>(3) In allen Kindertageseinrichtungen des Eigenbetriebs Kindertagesstätten ist für eine befristete Zeit die tageweise Betreuung von Gastkindern (befristete Gastkinder) im Einzelfall grundsätzlich möglich. Die Entscheidung über die Aufnahme erfolgt nach pflichtgemäßem Ermessen im Rahmen verfügbarer Kapazitäten. Einzelheiten regelt die Betreuungsvereinbarung.</p>	<p>davon unberührt. Die Entscheidung über die Aufnahme und die Betreuung erfolgt ausschließlich nur nach Zustimmung zur Aufnahme durch die Stadt Halle (Saale) sowie Nachweis der kostendeckenden Finanzierung des Betreuungsplatzes gegenüber der Stadt Halle (Saale) durch die Sorgeberechtigten.</p> <p>(2) Das Betreuungsverhältnis kann unter Einhaltung einer angemessenen Frist durch den Eigenbetrieb Kindertagesstätten gekündigt werden, wenn der Platz zur Erfüllung eines Rechtsanspruches für hallesche Kinder benötigt wird. Eine Kündigung kann ebenfalls erfolgen, wenn die Finanzierung nicht oder nicht mehr gesichert ist.</p> <p>(3) In allen Kindertageseinrichtungen des Eigenbetriebs Kindertagesstätten ist für eine befristete Zeit die tageweise Betreuung von Gastkindern (befristete Gastkinder) im begründeten Einzelfall grundsätzlich möglich. Die Entscheidung über die Aufnahme erfolgt nach pflichtgemäßem Ermessen im Rahmen verfügbarer Kapazitäten. Einzelheiten regelt die Betreuungsvereinbarung.</p>	<p>- § 7 Abs. 3 Präzisierung zur Aufnahme von befristeten Gastkindern</p>
<p><b>§ 3 Gemeinnütziger Zweck</b></p> <p>(1) Bestimmungen zu Zweck und Gemeinnützigkeit der Kindertageseinrichtungen des Eigenbetriebs Kindertagesstätten ergeben sich aus § 2 der „Satzung des Eigenbetriebes Kindertagesstätten der Stadt Halle (Saale)“ in der jeweils aktuellen Fassung.</p> <p>(2) Bei Auflösung der Kindertageseinrichtungen oder bei Wegfall des</p>	<p><b>§ 2 Gemeinnütziger Zweck</b></p> <p>(1) Bestimmungen zu Zweck und Gemeinnützigkeit der Kindertageseinrichtungen des Eigenbetriebs Kindertagesstätten ergeben sich aus § 2 der „Satzung des Eigenbetriebes Kindertagesstätten der Stadt Halle (Saale)“ in der jeweils aktuellen Fassung.</p> <p>(2) Bei Auflösung der Kindertageseinrichtungen oder bei Wegfall des</p>	<p>- Änderung der Zuordnung infolge Neufassung des Themengebietes Gastkinder unter § 7, bessere Gliederung nach Themengebieten</p>

<p>steuerbegünstigten Zwecks fällt das Vermögen der Kindertageseinrichtungen des Eigenbetriebs Kindertagesstätten an die Stadt Halle (Saale), die es unmittelbar und ausschließlich für gemeinnützige, mildtätige oder kirchliche Zwecke zu verwenden hat.</p>	<p>steuerbegünstigten Zwecks fällt das Vermögen der Kindertageseinrichtungen des Eigenbetriebs Kindertagesstätten an die Stadt Halle (Saale), die es unmittelbar und ausschließlich für gemeinnützige, mildtätige oder kirchliche Zwecke zu verwenden hat.</p>	
<p><b>§ 4 Aufgaben der Kindertageseinrichtungen</b></p>	<p><b>§ 3 Aufgaben der Kindertageseinrichtungen</b></p>	<p>- Änderung der Zuordnung infolge Neufassung des Themengebietes Gastkinder unter § 7, bessere Gliederung nach Themengebieten sowie textuelle Anpassungen zum besseren Verständnis</p>
<p>(1) Kindertageseinrichtungen erfüllen entsprechend der gesetzlichen Grundlage § 5 KiFöG LSA einen Betreuungs-, Bildungs- und Erziehungsauftrag, der sich an einer alters- und entwicklungsspezifischen Förderung der Persönlichkeit des Kindes orientiert und Bildungsangebote für die körperliche, geistige und seelische Entwicklung des Kindes umfasst, seine Gemeinschaftsfähigkeit fördert und Benachteiligungen ausgleicht. Gesetzliches Anliegen ist es, durch die pädagogische Arbeit den Erwerb sozialer Kompetenzen zu fördern. Dazu gehören u.a. Selbstständigkeit, Toleranz und Akzeptanz gegenüber anderen Menschen, unabhängig deren Herkunft, Kultur und Lebensweise. Ebenso sind die Ausbildung von geistigen und körperlichen Fähigkeiten, insbesondere der Erwerb von Wissen und Können, sowie die Gestaltung von Lernprozessen, zu gewährleisten und deren Herausbildung zu fördern. Es sollen insbesondere sprachliche und interkulturelle Kompetenzen, elementare Fähigkeiten im Umgang mit Mengen, räumliche Orientierungen, eine altersgerechte Grob- und Feinmotorik sowie die Wahrnehmung mit allen Sinnen und das Denken, ebenso die musische</p>	<p>(1) Kindertageseinrichtungen erfüllen entsprechend der gesetzlichen Grundlage § 5 KiFöG LSA einen Betreuungs-, Bildungs- und Erziehungsauftrag, der sich an einer alters- und entwicklungsspezifischen Förderung der Persönlichkeit des Kindes orientiert und Bildungsangebote für die körperliche, geistige und seelische Entwicklung des Kindes umfasst, seine Gemeinschaftsfähigkeit fördert und Benachteiligungen ausgleicht. Gesetzliches Anliegen ist es, durch die pädagogische Arbeit den Erwerb sozialer Kompetenzen zu fördern. Dazu gehören u.a. Selbstständigkeit, Toleranz und Akzeptanz gegenüber anderen Menschen, unabhängig <b>von</b> deren Herkunft, Kultur und Lebensweise. Ebenso sind die Ausbildung von geistigen und körperlichen Fähigkeiten, insbesondere der Erwerb von Wissen und Können, sowie die Gestaltung von Lernprozessen, zu gewährleisten und deren Herausbildung zu fördern. Es sollen insbesondere sprachliche und interkulturelle Kompetenzen, elementare Fähigkeiten im Umgang mit Mengen, räumliche Orientierungen, eine altersgerechte Grob- und Feinmotorik sowie die Wahrnehmung mit allen Sinnen und das Denken, ebenso die musische</p>	

<p>und emotionale Entwicklung gefördert werden und schließt die geeignete Vorbereitung auf die Grundschule ein.</p> <p>(2) Kindertageseinrichtungen haben die Inklusion von Kindern zu fördern und zur Verbesserung der Chancengleichheit aller Kinder unabhängig von ihrer sozialen und kulturellen Herkunft beizutragen. Betreuungs- und Förderangebote sollen sich pädagogisch und organisatorisch an den Bedürfnissen der Kinder und ihrer Familien orientieren. Kinder mit Behinderungen haben einen Anspruch, gemeinsam mit Kindern ohne Behinderung betreut und gefördert zu werden. Ist aufgrund besonderer Entwicklungsbedarfe eines Kindes eine integrative Betreuung erforderlich, ist durch die Sorgeberechtigten ein Antrag auf diese integrative Betreuung beim Eigenbetrieb Kindertagesstätten zu stellen.</p>	<p>und emotionale Entwicklung gefördert werden. <b>und Die Förderung</b> schließt die geeignete Vorbereitung auf die Grundschule ein.</p> <p>(2) Kindertageseinrichtungen haben die Inklusion von Kindern zu fördern und zur Verbesserung der Chancengleichheit aller Kinder unabhängig von ihrer sozialen und kulturellen Herkunft beizutragen. Betreuungs- und Förderangebote sollen sich pädagogisch und organisatorisch an den Bedürfnissen der Kinder und ihrer Familien orientieren. Kinder mit Behinderungen haben einen Anspruch, gemeinsam mit Kindern ohne Behinderung betreut und gefördert zu werden. Ist aufgrund besonderer Entwicklungsbedarfe eines Kindes eine integrative Betreuung erforderlich, ist durch die Sorgeberechtigten ein Antrag auf diese integrative Betreuung beim Eigenbetrieb Kindertagesstätten zu stellen.</p>	
<p><b>§ 5 Leistungen</b></p> <p>(1) Die Kindertageseinrichtungen des Eigenbetriebs Kindertagesstätten öffnen in der Regel Montag bis Freitag, außer an gesetzlichen Feiertagen, um 6 Uhr und schließen um 18 Uhr (Regelöffnungszeit). Soweit Änderungen der Regelöffnungszeiten notwendig werden sollten, ist dafür die Zustimmung des Kuratoriums der Kindertageseinrichtungen gemäß § 19 Abs. 4 Satz 3 Nr. 2 KiFöG LSA notwendig. Dabei werden das Wohl der Kinder und die Belange der Sorgeberechtigten ebenso berücksichtigt, wie der örtliche Bedarf und die Möglichkeiten</p>	<p><b>§ 4 Leistungen</b></p> <p>(1) Die Kindertageseinrichtungen des Eigenbetriebs Kindertagesstätten öffnen in der Regel Montag bis Freitag, außer an gesetzlichen Feiertagen, um 6 Uhr und schließen um 18 Uhr (Regelöffnungszeit). <b>Bei Änderungen der Regelöffnungszeiten werden das Wohl der Kinder und die Belange der Sorgeberechtigten ebenso berücksichtigt, wie der örtliche Bedarf und die Möglichkeiten der Einrichtung. Dasselbe gilt für den Öffnungsbedarf in den Schulferien. Soweit einrichtungsspezifische Änderungen der Regelöffnungszeit erforderlich sind, ist dafür</b></p>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Änderung der Zuordnung infolge Neufassung des Themengebietes Gastkinder unter § 7, bessere Gliederung nach Themengebieten</li> <li>- § 4 Abs. 1; Anpassung an aktuelle Rechtsvorschrift und textuelle Präzisierung der Öffnungszeiten</li> <li>- § 4 Abs. 3, Abschnitt A; ersatzlose Streichung des Rechtsverweises, da bereits § 4 Abs. 2 auf die Rechtsgrundlage hinsichtlich Anspruch verweist.</li> <li>- § 4 Abs. 3, Abschnitt A; Präzisierung des Textes zum Anfordern von Nachweisen</li> </ul>

<p>der Einrichtung. Dasselbe gilt für den Öffnungsbedarf in den Schulferien.</p> <p>(2) Jedes Kind, dessen Rechtsanspruch auf Betreuung und Förderung in einer Kindertageseinrichtung sich gegen die Stadt Halle (Saale) richtet, hat einen Anspruch auf einen ganztätigen Betreuungsplatz gemäß § 3 Abs. 1 KiFöG LSA.</p> <p>(3) Die Leitung der Kindertageseinrichtung spricht mit den Sorgeberechtigten nach Maßgabe des gesetzlichen Anspruches und des nachgewiesenen Förderungsbedarfes die tägliche Aufenthaltsdauer des Kindes unter Berücksichtigung seiner individuellen Besonderheiten und psychischen Belastbarkeit ab (Regelbetreuung). Die Dauer der Regelbetreuung wird im Rahmen der Betreuungszeitstufen zwischen Leitung und Sorgeberechtigten vereinbart. Sie kann nur im Rahmen der Öffnungszeiten der jeweiligen Einrichtung festgelegt werden. Eine Erhöhung der aktuell in Anspruch genommenen Betreuungsstufe ist durch die Sorgeberechtigten beim Eigenbetrieb Kindertagesstätten schriftlich zu beantragen. Die Erhöhung soll regelhaft zum 1. Kalendertag eines Monats wirksam werden. Bei Vorliegen eines Sachgrundes kann mit dem Eigenbetrieb Kindertagesstätten der Stadt Halle (Saale) schriftlich ein abweichender Beginn der Erhöhung vereinbart werden. Eine Absenkung der Betreuungsstufe ist frühestens zum 1. Kalendertag des Folgemonats möglich und schriftlich durch die Sorgeberechtigten beim</p>	<p><b>die Zustimmung des Kuratoriums der jeweiligen Kindertageseinrichtung notwendig.</b></p> <p>(2) Jedes Kind, dessen Rechtsanspruch auf Betreuung und Förderung in einer Kindertageseinrichtung sich gegen die Stadt Halle (Saale) richtet, hat einen Anspruch auf einen ganztätigen Betreuungsplatz gemäß § 3 Abs. 1 KiFöG LSA.</p> <p>(3) Die Leitung der Kindertageseinrichtung spricht mit den Sorgeberechtigten nach Maßgabe des gesetzlichen Anspruches und des nachgewiesenen Förderungsbedarfes die tägliche Aufenthaltsdauer des Kindes unter Berücksichtigung seiner individuellen Besonderheiten und psychischen Belastbarkeit ab (Regelbetreuung). Die Dauer der Regelbetreuung wird im Rahmen der Betreuungszeitstufen zwischen Leitung und Sorgeberechtigten vereinbart. Sie kann nur im Rahmen der Öffnungszeiten der jeweiligen Einrichtung festgelegt werden. Eine Erhöhung der aktuell in Anspruch genommenen Betreuungsstufe ist durch die Sorgeberechtigten beim Eigenbetrieb Kindertagesstätten schriftlich zu beantragen. Die Erhöhung soll regelhaft zum 1. Kalendertag eines Monats wirksam werden. Bei Vorliegen eines Sachgrundes kann mit dem Eigenbetrieb Kindertagesstätten der Stadt Halle (Saale) schriftlich ein abweichender Beginn der Erhöhung vereinbart werden. Eine Absenkung der Betreuungsstufe ist frühestens zum 1. Kalendertag des Folgemonats möglich und schriftlich durch die Sorgeberechtigten beim</p>	<p>bei erweiterten Betreuungsbedarf durch örtlichen Jugendhilfeträger</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- § 4 Abs. 3, Abschnitt B; textuelle Anpassung an aktuelle Rechtsvorschrift, da Rechtsanspruch über die Grundschule hinaus besteht</li> <li>- § 4 Abs. 6 Anpassung und textuelle Präzisierung des Leistungsumfang für ein Mittagsangebot in den Kindertageseinrichtungen</li> </ul>
--	---	--

Eigenbetrieb beantragen.	Kindertagesstätten	zu	Eigenbetrieb beantragen.	Kindertagesstätten	zu
<p>Betreuungsumfang: Abschnitt A – Betreuung in Kindertagesstätten: Betreuungsstufe 1 - in der Regel 5 Stunden pro Tag, bis zu 25 Wochenstunden, Betreuungsstufe 2 - in der Regel 6 Stunden pro Tag, bis zu 30 Wochenstunden, Betreuungsstufe 3 - in der Regel 7 Stunden pro Tag, bis zu 35 Wochenstunden, Betreuungsstufe 4 - in der Regel 8 Stunden pro Tag, bis zu 40 Wochenstunden, Betreuungsstufe 5 - in der Regel 9 Stunden pro Tag, bis zu 45 Wochenstunden, Betreuungsstufe 6 - in der Regel 10 Stunden pro Tag, bis zu 50 Wochenstunden, Betreuungsstufe 7 - in der Regel 11 Stunden pro Tag, bis zu 55 Wochenstunden, Betreuungsstufe 8 - in der Regel 12 Stunden pro Tag, bis zu 60 Wochenstunden. Ein Betreuungsbedarf über den gesetzlichen Betreuungsanspruch von bis zu 40 Wochenstunden hinaus (gemäß § 3 (Abs.3) KiFöG LSA) kann durch die Sorgeberechtigten bei Abschluss bzw. Änderung des Betreuungsvertrages angemeldet werden, sofern aufgrund der familiären Situation oder wegen anderer Gründe, ein erweiterter ganztägiger Anspruch erforderlich ist. Ein erweiterter ganztägiger Platz umfasst gem. § 3 Abs. 4 KiFöG LSA bis zu zehn Stunden je Betreuungstag oder bis zu 50 Wochenstunden. Die Vorlage entsprechender Nachweise obliegt dem örtlichen Träger der Jugendhilfe</p>			<p>Betreuungsumfang: Abschnitt A – Betreuung in Kindertagesstätten: Betreuungsstufe 1 - in der Regel 5 Stunden pro Tag, bis zu 25 Wochenstunden, Betreuungsstufe 2 - in der Regel 6 Stunden pro Tag, bis zu 30 Wochenstunden, Betreuungsstufe 3 - in der Regel 7 Stunden pro Tag, bis zu 35 Wochenstunden, Betreuungsstufe 4 - in der Regel 8 Stunden pro Tag, bis zu 40 Wochenstunden, Betreuungsstufe 5 - in der Regel 9 Stunden pro Tag, bis zu 45 Wochenstunden, Betreuungsstufe 6 - in der Regel 10 Stunden pro Tag, bis zu 50 Wochenstunden, Betreuungsstufe 7 - in der Regel 11 Stunden pro Tag, bis zu 55 Wochenstunden, Betreuungsstufe 8 - in der Regel 12 Stunden pro Tag, bis zu 60 Wochenstunden. Ein Betreuungsbedarf über den gesetzlichen Betreuungsanspruch von bis zu 40 Wochenstunden hinaus (gemäß § 3 (Abs.3) KiFöG LSA) kann durch die Sorgeberechtigten bei Abschluss bzw. Änderung des Betreuungsvertrages angemeldet werden, sofern aufgrund der familiären Situation oder wegen anderer Gründe, ein erweiterter ganztägiger Anspruch erforderlich ist. Ein erweiterter ganztägiger Platz umfasst gem. § 3 Abs. 4 KiFöG LSA bis zu zehn Stunden je Betreuungstag oder bis zu 50 Wochenstunden. Sofern entsprechende Nachweise für den Bedarf eines erweiterten ganztägigen Platzes</p>		



<p>Abschnitt B - Betreuung von Schulkindern: Förderung und Betreuung für Kinder vom Schuleintritt bis zur Versetzung in den 7. Schuljahrgang (Hortbetreuung), sowie von Kindern ab der Versetzung in den 7. Schuljahrgang bis zur Vollendung des 14. Lebensjahres, soweit Plätze vorhanden sind gemäß § 3 Abs. 2 KiFöG LSA. Für die Erfüllung des gesetzlichen Betreuungsanspruches gemäß § 3 Abs.1 KiFöG LSA erfolgt die Betreuung grundsätzlich im Zeitraum vor der Öffnung der Grundschule bis zum Beginn des Unterrichts bzw. ab Schließung der Grundschule im Rahmen der Öffnungszeit des Hortes, sowie im Rahmen der Ferienöffnungszeiten.</p> <p>Betreuungsstufe 9 - durchschnittlich bis zu 27 h / Woche</p> <p>Dies beinhaltet eine Betreuung während der Schulzeit von täglich 4 Stunden und während der Ferien bis zu 10 Stunden sowie während der Schulzeit von täglich 5 Stunden und in den Ferien bis zu 7 Stunden. Für die Betreuungszeitstufe 9 ist eine Ferienbetreuung von bis zu 8 Stunden pro Tag gemäß § 3 Abs. 3 KiFöG LSA bei einer Inanspruchnahme während der Schulzeit von täglich 4 Stunden enthalten. Diese erfolgt nach Maßgabe der Möglichkeiten in der Einrichtung oder an einem weiteren geeigneten Standort.</p> <p>Betreuungsstufe 10 - durchschnittlich bis zu 32 h / Woche</p> <p>Dies beinhaltet eine Betreuung während der Schulzeit von täglich 5 Stunden und während</p>	<p>erforderlich sind, fordert diese der örtliche Träger der Jugendhilfe ab.</p> <p>Abschnitt B -Betreuung von Schulkindern: Förderung und Betreuung für Kinder vom Schuleintritt bis zur Versetzung in den 7. Schuljahrgang (Hortbetreuung), sowie von Kindern ab der Versetzung in den 7. Schuljahrgang bis zur Vollendung des 14. Lebensjahres, soweit Plätze vorhanden sind gemäß § 3 Abs. 2 KiFöG LSA.</p> <p>Für die Erfüllung des gesetzlichen Betreuungsanspruches gemäß § 3 Abs. 1 KiFöG LSA erfolgt die Betreuung von Schulkindern in Horten grundsätzlich im Zeitraum vor der Öffnung der Grundschule Schule bis zum Beginn des Unterrichts bzw. ab Schließung der Grundschule Schule im Rahmen der Öffnungszeit des Hortes, sowie im Rahmen der Ferienöffnungszeiten.</p> <p>Betreuungsstufe 9 - durchschnittlich bis zu 27 h / Woche</p> <p>Dies beinhaltet eine Betreuung während der Schulzeit von täglich 4 Stunden und während der Ferien bis zu 10 Stunden sowie während der Schulzeit von täglich 5 Stunden und in den Ferien bis zu 7 Stunden.</p> <p>Für die Betreuungszeitstufe 9 ist eine Ferienbetreuung von bis zu 8 Stunden pro Tag gemäß § 3 Abs. 3 KiFöG LSA bei einer Inanspruchnahme während der Schulzeit von täglich 4 Stunden enthalten. Diese erfolgt nach Maßgabe der Möglichkeiten in der Einrichtung oder an einem weiteren geeigneten Standort.</p>	
--	--	--

<p>der Ferien von 8 Stunden bis zu 10 Stunden sowie während der Schulzeit von täglich 6 Stunden und während der Ferien bis zu 8 Stunden.</p> <p>Betreuungsstufe 11 - durchschnittlich bis zu 37 h / Woche</p> <p>Dies beinhaltet eine Betreuung während der Schulzeit von täglich 6 Stunden und während der Ferien 9 Stunden bis zu 10 Stunden sowie während der Schulzeit von täglich 7 Stunden und während der Ferien zwischen 6 und bis zu 9 Stunden täglich.</p> <p>Betreuungsstufe 12 - durchschnittlich ab 38 h / Woche</p> <p>Dies beinhaltet eine Betreuung während der Schulzeit von täglich 7 Stunden und während der Ferien bis zu 10 Stunden.</p> <p>Für Kinder mit einem Anspruch auf Hortbetreuung, die jedoch diese Betreuung ausschließlich in den Schulferien benötigen, besteht die Möglichkeit, Ferienspiele in den Kindertageseinrichtungen zu besuchen. Die zu entrichtenden Kostenbeiträge richten sich nach der dafür in der geltenden Kostenbeitragssatzung der Stadt Halle (Saale) festgelegten Höhe. Die Anmeldung soll bis spätestens 3 Monate vor dem jeweiligen Ferienbeginn erfolgen, danach erfolgende Anmeldungen werden im Rahmen verfügbarer Kapazitäten berücksichtigt.</p> <p>(4) Wird die Betreuung eines Kindes über die gewählte Betreuungszeitstufe hinaus erforderlich, wird für jede angefangene Stunde eine zusätzliche Gebühr erhoben. Die Höhe ergibt sich aus der Anlage zur</p>	<p>Betreuungsstufe 10 - durchschnittlich bis zu 32 h / Woche</p> <p>Dies beinhaltet eine Betreuung während der Schulzeit von täglich 5 Stunden und während der Ferien von 8 Stunden bis zu 10 Stunden sowie während der Schulzeit von täglich 6 Stunden und während der Ferien bis zu 8 Stunden.</p> <p>Betreuungsstufe 11 - durchschnittlich bis zu 37 h / Woche</p> <p>Dies beinhaltet eine Betreuung während der Schulzeit von täglich 6 Stunden und während der Ferien 9 Stunden bis zu 10 Stunden sowie während der Schulzeit von täglich 7 Stunden und während der Ferien zwischen 6 und bis zu 9 Stunden täglich.</p> <p>Betreuungsstufe 12 - durchschnittlich ab 38 h / Woche</p> <p>Dies beinhaltet eine Betreuung während der Schulzeit von täglich 7 Stunden und während der Ferien bis zu 10 Stunden.</p> <p>Für Kinder mit einem Anspruch auf Hortbetreuung, die jedoch diese Betreuung ausschließlich in den Schulferien benötigen, besteht die Möglichkeit, Ferienspiele in den Kindertageseinrichtungen zu besuchen. Die zu entrichtenden Kostenbeiträge richten sich nach der dafür in der geltenden Kostenbeitragssatzung der Stadt Halle (Saale) festgelegten Höhe. Die Anmeldung soll bis spätestens 3 Monate vor dem jeweiligen Ferienbeginn erfolgen, danach erfolgende Anmeldungen werden im Rahmen verfügbarer Kapazitäten berücksichtigt.</p>	
--	--	--



<p>Kostenbeitragssatzung der Stadt Halle (Saale) für Kindertageseinrichtungen in der jeweils geltenden Fassung.</p> <p>(5) Wird die Betreuung eines Kindes über die festgelegte reguläre Öffnungszeit der jeweiligen Kindertageseinrichtung (in der Regel bis 18.00 Uhr) hinaus erforderlich, sind unabhängig von Absatz 3 sämtliche hierdurch anfallende Kosten von den Sorgeberechtigten zu tragen.</p> <p>(6) Die Tageseinrichtungen der Stadt Halle (Saale) sichern gemäß § 5 Abs.7 KiFöG LSA auf Wunsch der Sorgeberechtigten die Bereitstellung einer kindgerechten Mittagsmahlzeit. Sie schaffen die Voraussetzungen für ein Verfahren zur Auswahl der Speiseanbieter zwecks Vorbereitung von Einzelverträgen zwischen den Sorgeberechtigten und dem jeweiligen Speiseanbieter. Im Rahmen des Auswahlverfahrens verständigen sich die Sorgeberechtigten auf jeweils einen Speiseanbieter pro Standort Kinder Tageseinrichtung. Die Beauftragung der Speiseunternehmen erfolgt durch die Sorgeberechtigten auf der Grundlage der abgeschlossenen Rahmenvereinbarungen der Tageseinrichtungen der Stadt Halle (Saale). Die Tageseinrichtungen der Stadt Halle (Saale) sichern die räumlichen und technischen Grundlagen zur Ausgabe und Einnahme von Einlieferungssessen (z. B. Thermoporten- oder Assiettenlieferungen).</p>	<p>(4) Wird die Betreuung eines Kindes über die gewählte Betreuungszeitstufe hinaus erforderlich, wird für jede angefangene Stunde eine zusätzliche Gebühr erhoben. Die Höhe ergibt sich aus der Anlage zur Kostenbeitragssatzung der Stadt Halle (Saale) für Kindertageseinrichtungen in der jeweils geltenden Fassung.</p> <p>(5) Wird die Betreuung eines Kindes über die festgelegte reguläre Öffnungszeit der jeweiligen Kindertageseinrichtung (in der Regel bis 18.00 Uhr) hinaus erforderlich, sind unabhängig von Absatz 3 sämtliche hierdurch anfallende Kosten von den Sorgeberechtigten zu tragen.</p> <p>(6) Die Kindertageseinrichtungen der Stadt Halle (Saale) sichern gemäß § 5 Abs. 7 KiFöG LSA auf Wunsch der Sorgeberechtigten die Bereitstellung einer kindgerechten Mittagsmahlzeit. Der Eigenbetrieb Kindertagesstätten der Stadt Halle (Saale) schafft die Voraussetzungen für die Auswahl des Essensanbieters in der jeweiligen Kindertageseinrichtung. Für die Änderung der Art oder des Umfangs der Verpflegung oder zum Wechsel des Essensanbieters ist gemäß § 19 Abs. 3 Satz 3 Nr. 4 die Zustimmung des jeweiligen Kuratoriums erforderlich. Bei direkt angrenzenden Nachbareinrichtungen verständigen sich die Kuratorien beider Kindertagesstätten auf jeweils einen Speiseanbieter pro Standort in Abstimmung und unter Berücksichtigung der Interessen der Nachbareinrichtung, sofern eine gemeinsame Nutzung von räumlichen und technischen</p>	
--	--	--

	<p>Gegebenheiten erforderlich ist. Die Beauftragung der <del>Speiseunternehmen</del> <del>Speiseanbieter</del> erfolgt durch die Sorgeberechtigten auf der Grundlage der abgeschlossenen Rahmenvereinbarungen zwischen dem <del>Speiseanbieter</del> und dem Eigenbetrieb Kindertagesstätten der Stadt Halle (Saale). Bei Auslaufen der Rahmenvereinbarung ist ein alternativer <del>Speiseanbieter</del> durch das Kuratorium auszuwählen. Der Eigenbetrieb Kindertagesstätten der Stadt Halle (Saale) stellt die räumlichen und technischen Grundlagen zur Ausgabe und Einnahme von <del>Einlieferungssessen (z. B. Thermopoten- oder Assiotenlieferungen)</del> der Mittagsmahlzeit zur Verfügung. Die Schaffung der notwendigen Voraussetzungen für die Zubereitung der Mittagsmahlzeit obliegt dem <del>Speiseanbieter</del>.</p>	
<p><b>§ 6 Betriebsferien</b></p> <p>(1) Im Verlaufe eines Kalenderjahres können die Kindertageseinrichtungen des Eigenbetriebs Kindertagesstätten für einen Zeitraum von bis zu 3 Wochen, maximal jedoch für einen Zeitraum von zusammenhängend 2 Wochen geschlossen werden. Die Entscheidung, ob Kindertageseinrichtungen geschlossen werden, trifft das Kuratorium der Kindertageseinrichtung. Dazu kann es einen Vorschlag des Trägers der Kindertageseinrichtung einholen.</p> <p>(2) Die Sorgeberechtigten werden im Dezember des Jahres über die Schließzeiten</p>	<p><b>§ 5 Betriebsferien</b></p> <p>(1) Im Verlaufe eines Kalenderjahres können die Kindertageseinrichtungen des Eigenbetriebs Kindertagesstätten für einen Zeitraum von bis zu 3 Wochen, maximal jedoch für einen Zeitraum von zusammenhängend 2 Wochen geschlossen werden. Die Entscheidung über Öffnungs- und Schließzeiten der jeweiligen Kindertageseinrichtung, bedarf gemäß § 19 Abs. 3 Satz 3 Nr. 2 KiFöG LSA der Zustimmung des Kuratoriums der Kindertageseinrichtung. <del>Dazu kann es einen Vorschlag des Trägers der Kindertageseinrichtung einholen.</del></p>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Änderung der Zuordnung infolge Neufassung des Themengebietes Gastkinder unter § 7, bessere Gliederung nach Themengebieten</li> <li>- §5 Abs. 1 Ergänzung und Präzisierung infolge Anpassung an aktuelle Rechtsvorschrift</li> </ul>

<p>im Folgejahr informiert. Auf Antrag der Sorgeberechtigten finden Kinder während der Schließung in benachbarten Kindertageseinrichtungen Aufnahme. Für den Besuch wird kein gesonderter Kostenbeitrag erhoben (ausgenommen Trägerwechsel).</p>	<p>(2) Die Sorgeberechtigten werden im Dezember des Jahres über die Schließzeiten im Folgejahr informiert. Auf Antrag der Sorgeberechtigten finden Kinder während der Schließung in benachbarten Kindertageseinrichtungen Aufnahme. Für den Besuch wird kein gesonderter Kostenbeitrag erhoben (ausgenommen Trägerwechsel).</p>	
<p><b>§ 7 Anmeldung, Abmeldung, Ummeldung</b></p> <p>(1) Die Sorgeberechtigten haben das Recht, ihr Kind jederzeit in einer Kindertageseinrichtung gemäß § 3 Abs. 7 KiFöG LSA anzumelden. Die Zustimmung zur Aufnahme in eine Kindertageseinrichtung erfolgt im Rahmen der festgelegten Kapazitäten auf der Grundlage des bestätigten Bedarfs- und Entwicklungsplanes. Gemäß § 3 Abs. 7 Satz 3 KiFöG LSA sind Schulkinder spätestens zur Schulanmeldung oder zum Schulhalbjahr für das kommende Schuljahr anzumelden. Der Leistungsumfang und die Anzahl der Betreuungsstunden sind schriftlich zu vereinbaren. Der Antrag auf Erstaufnahme eines Kindes in eine Kindertageseinrichtung ist grundsätzlich von den Sorgeberechtigten zu stellen.</p> <p>(2) Sind beide Eltern sorgeberechtigt, ist der Betreuungsvertrag durch beide Elternteile zu unterzeichnen. Dies gilt unabhängig davon, ob die Elternteile einen gemeinsamen Haushalt führen oder dauerhaft getrennt in verschiedenen Haushalten leben.</p> <p>(3) Die Betreuung soll regelhaft zum 1. eines Monats beginnen. Abweichend hiervon kann</p>	<p><b>§ 6 Anmeldung, Abmeldung, Ummeldung und Zahlungsverzug</b></p> <p>(1) Die Sorgeberechtigten haben das Recht, ihr Kind jederzeit in einer Kindertageseinrichtung gemäß § 3 Abs. 7 KiFöG LSA anzumelden. Die Zustimmung zur Aufnahme in eine Kindertageseinrichtung erfolgt im Rahmen der festgelegten Kapazitäten auf der Grundlage des bestätigten Bedarfs- und Entwicklungsplanes. Gemäß § 3 Abs. 7 Satz 3 KiFöG LSA sind Schulkinder spätestens zur Schulanmeldung oder zum Schulhalbjahr für das kommende Schuljahr anzumelden. Der Leistungsumfang und die Anzahl der Betreuungsstunden sind schriftlich zu vereinbaren. Der Antrag auf Erstaufnahme eines Kindes in eine Kindertageseinrichtung ist grundsätzlich von den Sorgeberechtigten zu stellen.</p> <p>(2) Sind <b>mehrere Personen</b> sorgeberechtigt, ist der Betreuungsvertrag durch <b>alle Sorgeberechtigten</b> zu unterzeichnen. Dies gilt unabhängig davon, ob die <b>Sorgeberechtigten</b> einen gemeinsamen Haushalt führen oder dauerhaft getrennt in verschiedenen Haushalten leben.</p>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Änderung der Zuordnung infolge Neufassung des Themengebietes Gastkinder unter § 7, bessere Gliederung nach Themengebieten und Aufnahme Zahlungsverzug im Titel</li> <li>- § 6 Abs. 2; textuelle Anpassung an aktuelle Rechtslage, da nicht nur Eltern Sorgeberechtigte sein können</li> <li>- § 6 Abs. 5; textuelle Anpassungen und Anpassung an neue Gliederung</li> <li>- § 6 Abs. 7; Streichung und Neufassung unter § 7 Abs. 1 (Gastkinder)</li> </ul>

<p>bei Vorliegen eines Sachgrundes zwischen Sorgeberechtigten und dem Eigenbetrieb Kindertagesstätten ein abweichender Betreuungsbeginn vereinbart werden.</p> <p>(4) Eine Abmeldung des Kindes durch die Sorgeberechtigten aus einer Kindertageseinrichtung ist mit einer Kündigungsfrist von 3 Monaten möglich. Abweichend hiervon kann bei Vorliegen eines Sachgrundes durch die Sorgeberechtigten mit dem Eigenbetrieb Kindertagesstätten schriftlich eine kürzere Kündigungsfrist vereinbart werden.</p> <p>(5) Für den Wechsel der Kindertageseinrichtung sind entsprechende Ummeldeanträge zu stellen. Dabei ist analog den Bedingungen des § 7 dieser Satzung zu verfahren. Für den Wechsel in eine Einrichtung in anderer Trägerschaft gelten die Fristen gemäß § 7 Absatz 4 dieser Satzung.</p> <p>(6) Geraten Sorgeberechtigten bzw. sonstige Kostenbeitragsschuldner mit der Zahlung des Kostenbeitrages in Verzug, bestimmt die Stadt Halle (Saale) eine angemessene Nachfrist. Nach fruchtlosem Ablauf dieser Nachfrist, spätestens jedoch nach dem 3. Monat rückständiger Zahlungen, wird das betreffende Kind von dem Besuch in der Kindertageseinrichtung ausgeschlossen.</p> <p>(7) Die Aufnahme von unbefristeten Gastkindern nach § 2 Abs. 1 dieser Satzung, die ihren gewöhnlichen Aufenthalt nicht in der Stadt Halle (Saale) haben, erfolgt ausschließlich nach Zustimmung zur Aufnahme durch die Stadt Halle (Saale) sowie</p>	<p>(3) Die Betreuung soll regelhaft zum 1. eines Monats beginnen. Abweichend hiervon kann bei Vorliegen eines Sachgrundes zwischen Sorgeberechtigten und dem Eigenbetrieb Kindertagesstätten ein abweichender Betreuungsbeginn vereinbart werden.</p> <p>(4) Eine Abmeldung des Kindes durch die Sorgeberechtigten aus einer Kindertageseinrichtung ist mit einer Kündigungsfrist von 3 Monaten möglich. Abweichend hiervon kann bei Vorliegen eines Sachgrundes durch die Sorgeberechtigten mit dem Eigenbetrieb Kindertagesstätten schriftlich eine kürzere Kündigungsfrist vereinbart werden.</p> <p>(5) Für den Wechsel der Kindertageseinrichtung ist ein entsprechender Antrag auf Wechsel der Einrichtung zu stellen. Dabei ist analog den Bedingungen des § 6 dieser Satzung zu verfahren. Für den Wechsel in eine Einrichtung in anderer Trägerschaft gelten die Fristen gemäß § 6 (4) dieser Satzung.</p> <p>(6) Geraten die Sorgeberechtigten, bzw. sonstige Kostenbeitragsschuldner mit der Zahlung des Kostenbeitrages in Verzug, bestimmt die Stadt Halle (Saale) eine angemessene Nachfrist. Nach fruchtlosem Ablauf dieser Nachfrist, spätestens jedoch nach dem 3. Monat rückständiger Zahlungen, wird das betreffende Kind von dem Besuch in der Kindertageseinrichtung ausgeschlossen.</p> <p><del>(7) Die Aufnahme von unbefristeten Gastkindern nach § 2 Abs. 1 dieser Satzung, die ihren gewöhnlichen Aufenthalt nicht in der</del></p>	
--	---	--

<p>Nachweis der kostendeckenden Finanzierung des Betreuungsplatzes gegenüber der Stadt Halle (Saale) durch die Sorgeberechtigten.</p>	<p><del>Stadt Halle (Saale) haben, erfolgt ausschließlich nach Zustimmung zur Aufnahme durch die Stadt Halle (Saale) sowie Nachweis der kostendeckenden Finanzierung des Betreuungsplatzes gegenüber der Stadt Halle (Saale) durch die Sorgeberechtigten.</del></p>	
<p><b>§ 8 Mitwirkung</b></p> <p>Die Sorgeberechtigten sind verpflichtet, jede Änderung der Lebensverhältnisse, d. h. der Familienverhältnisse, der Wohnanschrift, der Telefonnummer (zum Zwecke der Erreichbarkeit) sowie der Krankenkasse der Leitung der Kindertageseinrichtung bzw. der Verwaltung unverzüglich schriftlich mitzuteilen.</p>	<p><b>§ 8 Mitwirkung</b></p> <p>Die Sorgeberechtigten sind gemäß § 60 Sozialgesetzbuch Erstes Buch (SGB I) verpflichtet, jede wesentliche Änderung, die in Zusammenhang mit der Betreuung steht, d. h. der Familienverhältnisse, der Wohnanschrift, der Telefonnummer (zum Zwecke der Erreichbarkeit) sowie der Krankenkasse der Leitung der Kindertageseinrichtung, bzw. der Verwaltung unverzüglich schriftlich mitzuteilen.</p>	<p>- textuelle Anpassungen an aktuelle Rechtsvorschrift und Ergänzung Verweis auf Rechtsgrundlage</p>
<p><b>§ 9 Fehlen eines Kindes</b></p> <p>Bei Erkrankung eines Kindes oder Fehlen aus anderen Gründen ist die Leitung in der Kindertageseinrichtung unverzüglich zu verständigen. Fehlt das Kind länger als 2 Wochen unentschuldig und ist der Versuch der Kontaktaufnahme zu den Sorgeberechtigten erfolglos geblieben, bestimmt die Stadt eine angemessene Nachfrist zur Kontaktaufnahme mit dem Hinweis auf die Beendigung des Betreuungsverhältnisses. Nach fruchtlosem Ablauf der Nachfrist wird das Kind von dem Besuch der Kindertageseinrichtung zum Ende des entsprechenden Monats nach Ablauf der Nachfrist ausgeschlossen. Eine weitere</p>	<p><b>§ 9 Fehlen eines Kindes</b></p> <p>Bei Erkrankung eines Kindes oder Fehlen aus anderen Gründen ist die Leitung in der Kindertageseinrichtung unverzüglich zu verständigen. Fehlt das Kind länger als 2 Wochen unentschuldig und ist der Versuch der Kontaktaufnahme zu den Sorgeberechtigten erfolglos geblieben, bestimmt die Stadt eine angemessene Nachfrist zur Kontaktaufnahme mit dem Hinweis auf die Beendigung des Betreuungsverhältnisses. Nach fruchtlosem Ablauf der Nachfrist wird das Kind von dem Besuch der Kindertageseinrichtung zum Ende des entsprechenden Monats nach Ablauf der Nachfrist ausgeschlossen. Eine weitere</p>	<p>- Anpassung an aktuelle Gliederung</p>

<p>Betreuung des Kindes kann nur nach Maßgabe des § 7 dieser Satzung erfolgen.</p>	<p>Betreuung des Kindes kann nur nach Maßgabe des § 6 dieser Satzung erfolgen.</p>	
<p><b>§ 11 Aufnahmebedingungen</b></p> <p>(1) Die Sorgeberechtigten müssen vor der Erstaufnahme eines Kindes eine ärztliche Bescheinigung (nicht älter als 3 Wochen) über die gesundheitliche Eignung des Kindes und über die Durchführung der für das jeweilige Alter gemäß § 26 SGB V vorgesehenen Kinderuntersuchungen beibringen oder, soweit die Kinder nicht gesetzlich versichert sind, eine gleichwertige Kinderuntersuchung vorlegen.</p> <p>(2) Die Sorgeberechtigten haben nach § 34 Abs. 10a des Gesetzes zur Verhütung und Bekämpfung von Infektionskrankheiten beim Menschen (Infektionsschutzgesetz – IfSG) gegenüber der Kindertageseinrichtung einen schriftlichen Nachweis zu erbringen, dass zeitnah vor der Aufnahme in eine Kindertageseinrichtung eine ärztliche Beratung in Bezug auf einen vollständigen, altersgemäßen, nach den Empfehlungen der Ständigen Impfkommission ausreichenden Impfschutz des Kindes erfolgt ist. Wird dieser Nachweis nicht erbracht, informiert der Eigenbetrieb Kindertagesstätten den Fachbereich Gesundheit der Stadt Halle (Saale) und regt eine Beratung der Sorgeberechtigten an.</p> <p>(3) Es werden nur Kinder aufgenommen, die ärztlich untersucht und frei von Infektionskrankheiten und Ungeziefer sind.</p>	<p><b>§ 11 Aufnahmebedingungen</b></p> <p>(1) Die Sorgeberechtigten müssen vor der Erstaufnahme eines Kindes eine ärztliche Bescheinigung (nicht älter als 3 Wochen) über die gesundheitliche Eignung des Kindes und über die Durchführung der für das jeweilige Alter gemäß § 26 SGB V vorgesehenen Kinderuntersuchungen beibringen oder, soweit die Kinder nicht gesetzlich versichert sind, eine gleichwertige Kinderuntersuchung vorlegen.</p> <p>(2) Die Sorgeberechtigten haben nach § 34 Abs. 10a des Gesetzes zur Verhütung und Bekämpfung von Infektionskrankheiten beim Menschen (Infektionsschutzgesetz – IfSG) gegenüber der Kindertageseinrichtung einen schriftlichen Nachweis zu erbringen, dass zeitnah vor der Aufnahme in eine Kindertageseinrichtung eine ärztliche Beratung in Bezug auf einen vollständigen, altersgemäßen, nach den Empfehlungen der Ständigen Impfkommission ausreichenden Impfschutz des Kindes erfolgt ist. Wird dieser Nachweis nicht erbracht, informiert der Eigenbetrieb Kindertagesstätten den Fachbereich Gesundheit der Stadt Halle (Saale) und regt eine Beratung der Sorgeberechtigten an.</p> <p>(3) Die Sorgeberechtigten haben entsprechend § 20 Abs. 8 IfSG Sorge dafür zu tragen, dass ein ausreichender Schutz gegen Masern bei den eigenen Kindern besteht, die in den Einrichtungen betreut werden. Der Schutz ist</p>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Aufnahme Masernimpflicht für zu betreuende Kinder und Nachweispflicht durch Sorgeberechtigte unter § 11 Abs. 3</li> <li>- § 11 Abs. 3; Neufassung unter § 11 Abs. 4, wegen Aufnahme Pflicht zum Masernimpfschutz und Nachweispflicht seitens Sorgeberechtigten</li> </ul>



	<p>entsprechend § 20 Abs. 9 IfSG durch die Sorgeberechtigten gegenüber der Einrichtungsleitung nachzuweisen.</p> <p>(4) Es werden nur Kinder aufgenommen, die ärztlich untersucht und frei von Infektionskrankheiten und Ungeziefer sind.</p>	
<p>§ 13 Verhalten bei Infektionskrankheiten</p> <p>(1) Bei bekannt werden von Infektionskrankheiten gemäß § 34 des Gesetzes zur Verhütung und Bekämpfung von Infektionskrankheiten beim Menschen (Infektionsschutzgesetz -IfSG) oder bei Verlausung müssen die Sorgeberechtigten die Leitung der Kindertageseinrichtung sofort hiervon unterrichten, damit geeignete Schutzmaßnahmen getroffen werden können. Bei Kindern bis zum vollendeten 6. Lebensjahr gilt dies zusätzlich bei infektiöser Gastroenteritis.</p> <p>(2) Das Betreten der Räumlichkeiten der Kindertageseinrichtung im Falle eines Vorliegens des § 13 Abs. 1 ist nicht gestattet. Zuwiderhandlungen stellen nach § 73 (1) Nr. 14 IfSG eine Ordnungswidrigkeit dar, welche nach § 73 (2) IfSG mit einem Bußgeld geahndet werden können. Entsprechend § 74 IfSG stellt das vorsätzliche Betreten bzw. der Aufenthalt in der Kindertageseinrichtung, mit entsprechender Verbreitung einer dort genannten Krankheit oder eines Krankheitserregers eine strafbare Handlung dar.</p> <p>(3) Sind Kinder an Infektionskrankheiten erkrankt oder dessen verdächtig, entscheidet</p>	<p><b>§ 13 Verhalten bei Infektionskrankheiten</b></p> <p>(1) Bei bekannt werden von Infektionskrankheiten gemäß § 34 des Gesetzes zur Verhütung und Bekämpfung von Infektionskrankheiten beim Menschen (Infektionsschutzgesetz -IfSG) oder bei Verlausung müssen die Sorgeberechtigten die Leitung der Kindertageseinrichtung sofort hiervon unterrichten, damit geeignete Schutzmaßnahmen getroffen werden können. Bei Kindern bis zum vollendeten 6. Lebensjahr gilt dies zusätzlich bei infektiöser Gastroenteritis.</p> <p>(2) Das Betreten der Räumlichkeiten der Kindertageseinrichtung ist bei Vorliegen eines der in § 13 Abs. 1 benannten Sachverhalte nicht gestattet. Zuwiderhandlungen stellen nach § 73 Abs.1 Nr. 14 IfSG eine Ordnungswidrigkeit dar, welche nach § 73 Abs. 2 IfSG mit einem Bußgeld geahndet werden können. Entsprechend § 74 IfSG stellt das vorsätzliche Betreten bzw. der Aufenthalt in der Kindertageseinrichtung, mit entsprechender Verbreitung einer dort genannten Krankheit oder eines Krankheitserregers eine strafbare Handlung dar.</p> <p>(3) Sind Kinder an Infektionskrankheiten erkrankt oder dessen verdächtig, entscheidet</p>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- textuelle Anpassungen für einheitliche Rechtsdarstellung</li> <li>- § 13 Abs. 2 Präzisierung der Textpassage zum Betreten von Räumlichkeiten bei vorliegenden Infektionskrankheiten</li> </ul>

<p>der behandelnde Arzt, ggf. in Abstimmung mit dem Fachbereich Gesundheit, über den Weiterbesuch bzw. die Wiederaufnahme in der Kindertageseinrichtung. Die Bescheinigung des Arztes ist in der Kindertageseinrichtung unverzüglich vorzulegen.</p>	<p>der behandelnde Arzt, ggf. in Abstimmung mit dem Fachbereich Gesundheit, über den Weiterbesuch bzw. die Wiederaufnahme in der Kindertageseinrichtung. Die Bescheinigung des Arztes ist in der Kindertageseinrichtung unverzüglich vorzulegen.</p>	
<p><b>§ 15 Kostenbeitragssätze</b></p> <p>(1) Für die Inanspruchnahme von Angeboten der Förderung, Erziehung und Betreuung von Kindern in Tageseinrichtungen wird nach § 13 (1) KiFöG LSA von den Sorgeberechtigten ein Kostenbeitrag erhoben.</p> <p>(2) Die Höhe der zu zahlenden Kostenbeitragssätze richtet sich nach der „Satzung über Kostenbeiträge für die Nutzung der Kindertageseinrichtungen und Kindertagespflegestellen in der Stadt Halle (Saale)“ in ihrer jeweils gültigen Fassung.</p>	<p><b>§ 15 Kostenbeitragssätze</b></p> <p>(1) Für die Inanspruchnahme von Angeboten der Förderung, Erziehung und Betreuung von Kindern in Tageseinrichtungen wird nach § 13 <b>Abs. 1</b> KiFöG LSA von den Sorgeberechtigten ein Kostenbeitrag erhoben.</p> <p>(2) Die Höhe der zu zahlenden Kostenbeitragssätze richtet sich nach der „Satzung über Kostenbeiträge für die Nutzung der Kindertageseinrichtungen und Kindertagespflegestellen in der Stadt Halle (Saale)“ in ihrer jeweils gültigen Fassung.</p>	<p>- textuelle Anpassungen für einheitliche Rechtsdarstellung</p>
<p><b>§ 17 Inkrafttreten</b></p> <p>Diese Satzung tritt am 01. August 2019 in Kraft. Gleichzeitig tritt die Satzung über den Besuch von Kindertageseinrichtungen der Stadt Halle (Saale) vom 25. April 2018 außer Kraft.</p>	<p><b>§ 17 Inkrafttreten</b></p> <p>Diese Satzung tritt am <b>01.08.2024</b> in Kraft. Gleichzeitig tritt die <b>am 26.06.2019 vom Stadtrat beschlossene und am 27.06.2019 ausgefertigte</b> Satzung über den Besuch von Kindertageseinrichtungen der Stadt Halle (Saale) der Stadt Halle (Saale) außer Kraft.</p>	<p>- Anpassung an aktuelle Satzung und voraussichtlichen Beschluss</p>